

Die "Vorkriegs" ...

Die abgesetzten ...

STREIF

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ugrarische Beutegier

Im besetzten Gebiet

Preiserhöhungen für das Getreide verlangt!

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags haben die bürgerlichen Parteien folgenden Antrag eingebracht: Der Ausschuss wolle beschließen, folgende Entschliessung anzunehmen: 1. daß für Hafer, Gerste und Roggen der gleiche Preis bezahlt wird ...

brauchte, hat ihre Ursachen in diesem Wunsch nach den höheren Preisen. Es ist ungeheuerlich, daß in dieser Zeit gewaltiger Verschärfung der Arbeitslosigkeit, der zunehmenden Lebensmittelteuerung und der großen Not aller minderbemittelten Bevölkerungskreise die Agrarier jetzt mit einem derartigen Antrage sich hervorwagen. Seine Annahme muß unbedingt eine weitere Erhöhung der Brotpreise zur Folge haben. Ihre Schamlosigkeit und die von ihnen betriebene Auswanderung der Bevölkerung kennt keine Grenzen. Ohne jede Rücksicht auf die Notlage der Massen, ohne jede Rücksicht darauf, ob Tausende oder Millionen sich des Hungers nicht mehr erwehren können, wollen sie ihre egoistischen Zwecke erzielen.

Aus der Pfalz wird uns geschrieben: Die Zustände im besetzten Gebiet sind der lebendigste Beweis für die Tatsache, daß die militärische Gewaltpolitik in den Siegerländern heute mindestens eine ebenso unheilvolle Rolle spielt, wie dies ehemals im kaiserlichen Deutschland der Fall war. Man könnte in diesem Sinne besonders von den Franzosen behaupten, daß sie sich als äußerst gelehrige Schüler des preussischen Militarismus erweisen, ja, daß sie drauf und dran sind, ihn zu übertreffen. Die Klagen, die aus dem besetzten Gebiet über die Uebergriffe der Besatzungsbehörden und des Militärs ins unbesetzte Deutschland dringen, sind nur zu berechtigt. Aber da läßt sich nicht viel machen. Die Besetzung entspringt den Bestimmungen des von Deutschland unterzeichneten Friedensvertrages. Sie zu mildern, in den Bemühern das Gefühl der persönlichen, politischen und wirtschaftlichen Freiheit nicht zu vernichten, das kann nur die Besatzungsbehörde selbst. Nach den bis jetzt gemachten Erfahrungen kann man beim besten Willen nicht behaupten, daß die Besatzungsbehörden sich von diesem Geiste leiten lassen.

Es ist in diesen Zeiten vornehmlich von dem französischen besetzten Gebiete der Pfalz und der Mainzer Gegend die Rede. Und da machen wir eine eigentümliche, uns zwar nicht ganz neue Entdeckung. Dasselbe offizielle Frankreich, das eifrig auf die Ablösung linksrheinischer Gebiete hinarbeitet und schühend und helfend den Leuten um Dorten beisteht, daselbe Frankreich läßt seine Militärs in den besetzten Gebieten fast mit unumschränkter Machtvollkommenheit schalten und walten mit der gleichen Schneidigkeit und oftmals Brutalität, die den preussischen Militarismus so hervorragend auszeichnete. Und in der Tat, wenn man das Wesen des französischen Militarismus, so wie er sich im besetzten Gebiet äußert, in eine Vergleichsstellung zum preussischen Militarismus bringen will, so kann man sagen, daß der preussische plumper, roher, brutaler gewesen ist, dagegen der französische die weit schmerzhaftere und tiefer wirkende Politik der Nadelstiche befolgt. Man bringt bei jeder nur erdenklichen Gelegenheit die Größe und den Ruhm Frankreichs und seiner glorreichen Armee und damit gleichzeitig die Verachtung für die Deutschen zum Ausdruck.

Der Krieg im Osten

Französische Hilfe für Polen. H.N. Paris, 8. September. Der polnische Finanzminister Grabski, der sich jetzt in Paris befindet, ist damit beschäftigt, einen vollständigen Austauschhandel zwischen Polen und Frankreich zu vereinbaren. Polen will Petroleum und Zucker senden und verlangt Waffen und anderes Kriegsmaterial. Weiter wird das polnische Eisenbahnnetz ausgedehnt werden müssen. Hierzu soll die französische Industrie herangezogen werden. So ist weiter geplant, eine polnische Anleihe in Frankreich aufzunehmen. So organisiert man den Krieg, indem für die Lebenshaltung des Volkes notwendige und unentbehrliche Produkte, wie Zucker und Petroleum, abgegeben werden für Nordwaffen.

die am ganzen Velbe vor Volkswirtschaftlichen Schlottern, ihre Köpfe nicht. Das Heeresabwicklungsamt ist deshalb immer wieder gezwungen, darauf hinzuweisen, daß es selbstverständlich die über die Grenze getretenen russischen Soldaten genau so internieren muß wie die polnischen und deshalb auf irgendwelche Proteste keinerlei Rücksicht nehmen kann. Die Unterdrückung der Internierten ist nicht ganz einfach, da großer Mangel an Internierungslagern herrscht. Die Zahl der Kriegsgefangenen beträgt insgesamt noch immer 140 000, dazu kommen noch etwa 70 000, die sich frei im Lande umhertreiben als Rest der während der Revolution aus den Gefangenenlagern Entwichenen. Das Heeresabwicklungsamt betont immer wieder, daß die Rotgardisten bisher nicht die geringste Ursache zu irgendwelchen Befürchtungen gegeben haben, daß sie sich absolut ruhig verhalten und den Anweisungen Folge leisten. Man kann dem Vertreter des Heeresabwicklungsamtes nur beistimmen, wenn er seine Ausführungen vor Vertretern der Presse mit den Worten schloß, die deutsche Bevölkerung möge bedenken, daß das russische Volk eines Tages all das vergelten könne, was sie Gutes an diesen Kerntzen getan habe.

Die Empfindlichkeit der französischen Militärpersonen, insbesondere der Offiziere, übersteigt alle Grenzen. Man läuft Gefahr, wegen einer etwas unvorsichtigen Berührung eines Offiziers, die etwa durch zu spätes Ausweichen, durch Gedränge und dergleichen hervorgerufen ist, wegen Beleidigung der französischen Armee zu einigen Wochen oder Monaten Gefängnis verurteilt zu werden. Ein besonders krasser Fall dieser Gattung ereignete sich vor einiger Zeit in Wiesbaden. Dort kam ein Straßenbahner, als er eben abläutete, mit dem "Käppi" eines französischen Offiziers in Berührung. Daraus stand der Offizier auf und ohrfeigte den Straßenbahner. Dieser verhielt sich vollkommen ruhig und meldete nach seinem Dienst der Besatzungsbehörde den Vorfall. Auch der Offizier hatte Anzeige erstattet und der Straßenbahnschaffner wurde verhaftet. Darauf traten die Wiesbadener Straßenbahner in einen Streik und nach drei Tagen wurde der Schaffner wieder entlassen. Dafür hat man ihn jetzt zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Das ist ein Urteil, das keineswegs vereinzelt dasteht. Man kommt zu Strafen und weiß nicht wie. Die Städte, wie Neustadt, Landau, Mainz wimmeln von Geheimpolizisten, die die Vorübergehenden im Gespräch belauschen. So ist eine Atmosphäre der Unsicherheit und Rechtslosigkeit geschaffen, die natürlich das stärkste Hindernis für eine freundschaftliche Annäherung der beiden Teile ist. Es wird auch den Franzosen nicht viel helfen, daß Pariser Prozeduren im besetzten Gebiet herumreisen und Vorträge über dessen "französischen Idealismus" halten. Vorderrhand bekommen die Pfälzer und Rheingländer sehr handgreiflich den französischen Realismus zu spüren, und der wird ihnen keine Freunde.

Polnischer Frontbericht

21. Warschau, 8. September. Amtlicher Heeresbericht vom 7. September. Unsere Kavallerieabteilungen hielten den weiteren Vormarsch der litauischen Truppen auf. Es wurden wieder 200 Gefangene gemacht, 5 Maschinengewehre, 8 Feldküchen und 80 Munitionswagen erbeutet. In der Richtung auf Lublin und Usselag zurückzuziehen. In der Gegend operierende Sowjettruppen erlitten schwere Verluste. Zwischen Kamionka und Lubl gingen unsere Abteilungen auf das Dnauer des Bug über und zersprengten die dort angelaufenen feindlichen Truppen. Feindliche Abteilungen, die aus Lublin und Stalupa angriffen, wurden zurückgeschlagen. Zwischen Chodorow und Stalupa sind hartnäckige Kämpfe im Gange. Unsere Abteilungen waren zuerst gezwungen, sich hinter das Flüsschen Switz zurückzuziehen, waren aber jetzt zum Gegenangriff vor. Bängst des Dienstes ist es abig.

Die Kohlenkrise in England

London, 7. September. Bis zur Stunde ist kein Versuch gemacht worden, die Verhandlungen zwischen den Bergarbeitern und der Regierung wieder aufzunehmen. Während die Regierung bereit ist, die Frage der Lohnerhöhungen einem unparteiischen Schiedsgericht zu unterbreiten, weigert sie sich, wie von gut unterrichteter Seite erklärt wird, die Frage der Reduktion des Hausbrandkohlenpreises einer anderen Instanz als dem Unterhaus zu unterbreiten, da es sich dabei um eine rein politische und nicht um eine industrielle und wirtschaftliche Frage handle.

Enver Pascha im Dienste Rußlands?

London, 7. September. Ein Radiogramm vom 6. d. Mts. besagt: Moskauer Nachrichten melden, daß Enver Pascha auf Wunsch Leylins und Trozki zum Oberkommandierenden der bolschewistischen Truppen, die gegen die indischen Marschieren, ernannt worden ist. Die bolschewistischen Truppen im Kaukasus, in Persien, Afghanistan und Transkaspien sind unter seinen Befehl gestellt worden. Enver Pascha hat sein Hauptquartier in Smolensk.

Eine Verletzung des Friedensvertrages?

Allenstein, 7. September. A. T. B. berichtet: Nach einer Meldung aus Soldau sollen die Polen von der dortigen Bevölkerung die sofortige Option für Deutschland oder Polen verlangen, widrigenfalls die gesamte deutsche Bevölkerung auszuweisen werden soll. Die "Allensteinener Zeitung" schreibt zu dieser Meldung: Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages haben die Einwohner der an Polen abgetretenen Gebiete zwei Jahre Zeit, ehe sie sich für Deutschland oder Polen erklären. Unter den jetzt im Soldaubebiet obwaltenden Umständen würde eine Option augenblicklich eine brutale Vergewaltigung der deutschen Bevölkerung bedeuten. Die Optionierung würde Enttäuschungen und andere Uebergriffe seitens der Polen unmittelbar im Gefolge haben.

Auch wirtschaftlich wirkt die Besetzung geradezu ruind. Bei den geringsten Verstößen, bei denen es oft gar nicht ausgeklärt ist, von wem sie ausgegangen sind, werden die Städte und Städtchen mit hohen Geldbußen belegt, ebenso ergeht es dauernd Privatpersonen. Nicht wenige gutsituierte Bürger und Bauern sind durch übermäßig hohe Geldstrafen auf den Hund gekommen. Da die französischen Offiziere und Unteroffiziere mit Weib und Kindern da sind, benötigen sie eine Unmenge Wohnungen. Für die Franzosen gibt es keine Wohnungsnot. Sie nehmen die besten und schönsten Gebäude für sich in Anspruch, ganz gleich, ob sie die Räume voll benötigen oder nicht. Die Privatpersonen müssen ihre Wohnungen räumen und sie den Franzosen überlassen. So kommt es z. B., daß Leute aus ihrem eigenen Haus heraus müssen, weil darauf ein französischer Offizier Anspruch macht und sie dafür wo anders in Miete ziehen müssen. Die Städte, wie Landau und Mainz bauen jetzt große Häuserblocks, da selbst bei der größten Einschränkung der Einwohnerzahl, die Räume für die zahlreichen Familien nicht ausreichen. Es ist bezeichnend, daß die Städte in große finanzielle Schwierigkeiten geraten bei den ungeheuer großen Kosten, die mit dem

Die Unterbringung der Rotgardisten

Jahrelange stumpfsinnige Hehe der bürgerlichen Presse gegen die russische Rote Armee führt jetzt dazu, daß eine Anzahl von Städten und Körperschaften sich mit Protesten an das Heeresabwicklungsamt wenden, um zu verhindern, daß die internierten russischen Truppen in ihrer Nähe untergebracht werden. Ueber die Neutralitätsbegriffe zerbrechen sich diese Herren,

Bauern sehr verknüpft sind. Denn die Franzosen bescheiden sich keineswegs etwa mit Rothhäuten, sondern verlangen massive, schöne Stengehäute. Ebenfalls haufen sie ohne alle Rücksicht auf die Kohlenvorräte und die Bedürfnisse der Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität, so daß die Bewohner unter den schwersten Einschränkungen zu leiden haben. Wie weit die Rigorosität geht, zeigt folgendes Beispiel: In der Pfalz herrscht die Maul- und Klauenseuche besonders bösartig. Viel Vieh ist eingegangen, die Milch des kranken Viehs ist ungenießbar. Dadurch ist die Milchzufuhr beispielsweise nach Landau außerordentlich beschränkt. Sie war zeitweise so knapp, daß man kaum die Säuglinge besorgen konnte. Auf Vorstellungen bei der französischen Militärbehörde, ob sie ihr Quantum für einige Tage einschränken könne, um die notwendige Milchlieferung für die Säuglinge zu ermöglichen, wurde ablehnend geantwortet. Die erwachsenen Franzosen brauche ihre Milch nötiger als die deutschen kleinen Kinder!

Das alles sind Dinge, die natürlich aufreizend wirken. Das schlimmste ist, daß sich in der Pfalz und in Rheinhessen ein überaus günstiger Nährboden für den Nationalismus vorbereitet. Besonders auf dem Lande ist die Stimmung sehr bedenklich. Man ist zu dem größten Dummsinn bereit. So herrschte in den letzten Wochen bei den Bauern die falsche feste Ueberzeugung, daß die Russen nach Deutschland kämen, um gemeinsam mit den Deutschen die Franzosen aus dem Lande zu jagen. Also unverfälschter Nationalsozialismus, obwohl die Leute kaum das Wort kennen. Der Hinweis, daß die Franzosen in diesem Falle ja erst recht nach Deutschland kämen und Deutschland zum Kriegsschauplatz würde, machte sie sehr verdutzt und ließ sie erst das Lächerliche ihrer Anschauung einsehen. Aber es ist begreiflich, daß bei der politisch unaufgeklärten Bevölkerung diese Gedankengänge unter solchen Verhältnissen vorherrschend werden.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß der französische Militarismus im besetzten Gebiet, abgesehen von rühmlichen Ausnahmen natürlich, in nichts dem entspricht, was man nach den vielen schwingvollen und pompösen Deklamationen in und nach dem Kriege erwarten könnte. Der Militarismus ist immer und überall verderblich, da er immer und immer nur die brutale Gewalt als Mittel zur Befriedigung seiner Machtgier kennt. Und das ist das Niederdrückende an dieser ganzen Geschichte, daß durch solche Praktiken die Haß- und Racheinstincte verewigt wird. Man kann es begreifen, daß viele Franzosen noch keine freundschaftlichen Gefühle für die Deutschen hegen, dafür ist zu viel geschehen. Aber man kann verlangen, daß sie die Achtung und die Freiheit der einheimischen Bevölkerung respektieren, daß sie sich nur als Sachwalter eines bestehenden Vertrages und nicht als die unumschränkten Herren des Landes gebärden. Das sind Forderungen, die ganz besonders die sozialistische Arbeiterschaft zu stellen hat. Sie hat nichts gemein mit militärischer Unterdrückung und nationalstischen Haß- und Racheinstincten. Die Arbeiterschaft im besetzten Gebiet hat schon manchen Strauß mit den Franzosen ausgekostet. In ihrer Geschlossenheit und Energie zerschellen auch die Gewaltmaßnahmen französischer Generale. Die übrige Arbeiterschaft, ganz besonders die Norddeutschlands, soll nicht ganz vergessen, daß links des Rheins Militarismus und Bürokratismus ihr Unwesen treiben. Es kann der Fall eintreten, wo sie aufgerufen wird zum Schutz und Bestand ihrer Brüder im besetzten Gebiet. Derselbe französische Militarismus, der heute die Waffen gegen Sowjetrußland schmiedet, ist es, der sich im besetzten Gebiet wölfig reut und dehnt.

Die Ehrenrettung der Heereskammer

Das Reichswehrministerium gab gestern Erklärungen vor der Presse ab, die erst in vollem Umfang zeigen, welchen Charakter die Einrichtung der Heereskammer trägt. Ihre Einberufung geschieht durch den Chef der Heeresleitung, also durch Herrn Seeckt. Er kann sich ausreden, wann ihm eine solche Zagung bequem ist und wann nicht. Die Tagesordnung, worüber zu reden der Heereskammer zusteht, bestimmt auch Herr Seeckt. Die Heereskammer besteht aus 25 Offizieren und 42 Unteroffizieren und Mannschaften. Die Hauptaufgabe aber sind paritätisch aus Offizieren auf der einen Seite und Unteroffizieren und Mannschaften auf der anderen Seite besetzt. Das Reichswehrministerium ist der Ueberzeugung, daß es durchaus gerecht sei, wenn 100 000 Mannschaften durch die gleiche Zahl von Delegierten vertreten sind, wie 10 000 Offiziere. Irigendwelche be-

schließende Kraft hat die Kammer selbstverständlich nicht, da sie ja lediglich ein Dekonationsglied darstellt.

Am interessantesten aber sind doch die Erklärungen des Reichswehrministeriums über die Abhaltung der Tagungen. Die Sitzungen sind nicht öffentlich, sie sind aber vor allem „Dienst“, d. h. die Teilnahme ist nicht etwa freiwillig, sondern die Herren Abgeordneten der Heereskammer haben an den Sitzungen, zu denen sie kommandiert sind, teilzunehmen, sonst holt sie der Zensur. Die Bestimmungen in der Heereskammer durch Handaufheben vorgenommen werden und es geheime Abstimmungen offenbar nicht gibt, so ist also niemand in der Lage, sich irgendeiner Abstimmung aus Opposition zu entziehen. Nicht einmal das Stilllegen ist den Abgeordneten der Heereskammer erlaubt. Sie müssen, wenn nicht eine besondere Erlaubnis vorliegt, in ihrem Dienstamt erscheinen. Damit ist militärisch den Herren Offizieren Gelegenheit gegeben, ungenügende Oppositionselemente während der ganzen Sitzung kramen lassen zu lassen. Trotz dieser erweiternden Bestimmungen ist das Reichswehrministerium aber voller Hoffnung auf seine Heereskammer und der Vertreter des Reichswehrministeriums erklärte: die Heereskammer wird schon das werden, was wir haben wollen.

Die Rappführer bleiben straffrei

In Verbindung mit den Mitteilungen, daß die Verfahren gegen den Unterstaatssekretär Freiherrn von Falkenhäuser, gegen Rechtsanwalt Bredereck, gegen Kapitänleutnant Leusch, gegen Dr. Traub und gegen den Rittergutsbesitzer von Kessel, der während der Rapptage als Oberpräsident von Schlesien tätig war, eingestellt worden sind, berichtet das „Berliner Tageblatt“ über folgenden Fall: Herr Rapp hatte während der kurzen Dauer seiner Regierungstätigkeit den früheren Oberpostdirektor von Berlin, Geh. Oberpostrat Sönksen, zum Reichspostminister ernannt. Herr Sönksen wollte damals durchaus sein Amt ausüben, seine Absicht scheiterte jedoch an dem Widerstand der Beamten des Reichspostministeriums. Bald nach Beendigung des Postjahres erschien in der Zeitschrift der höheren Post- und Telegraphenbeamten, den „Blättern für Post und Telegraphie“, eine Mitteilung, nach der Herr Sönksen als vortragender Rat in das Ministerium versetzt und der vortragende Rat Genzke zu seinem Nachfolger ernannt worden sei. Diese Mitteilung hat in Beamtenkreisen schon damals überrascht. Seitdem ist nichts bekannt geworden, worin die empfindliche Sühne für das Vorgehen des Herrn Sönksen zu erblicken sei. Wie sich der Minister Giesberts selbst über den Usurpator Sönksen ausgesprochen hat, geht aus dem Bericht über den Verbandsrat der unteren Postbeamten hervor. Nach der „Deutschen Post“ (Nr. 12) erklärte Minister Giesberts:

„Meine sehr geehrten Herren! Ich bin nur gekommen, um Ihnen meinen guten Willen zu zeigen, denn hier bleiben kann ich leider nicht. Ich muß im Auftrage des Reichsministeriums ins Inlandsgebiet fahren, um zu versuchen, die urchtbarsten Kämpfe, die in Zukunft stehen zwischen den bewaffneten Arbeitern und der Reichswehr, nach Möglichkeit zu verhindern und die Sache in Ordnung zu bringen. Einem solchen Auftrag kann man sich nicht entziehen in dieser ernsten Zeit. Bei den vielfältigen Aufgaben, die mir jetzt obliegen, ist es mir nicht möglich gewesen, eher zu kommen, weil ich heute morgen noch die Sache mit dem einzigen ungetreuen Beamten der Reichspostverwaltung, dem Oberpostdirektor von Berlin, erledigen mußte. Der Berliner Oberpostdirektor ist von seinem Posten entfernt worden (sechster Beifall), denn ich werde es keinem Beamten zumuten, ihn als Vorgesetzten anzusehen. (Erneuter Beifall.) Das Disziplinarverfahren ist gegen ihn eingeleitet worden. Ich behauere, daß ein Mann, der 21 Dienstjahre hinter sich hat und im allgemeinen ein tüchtiger Beamter war, sich durch seinen Ehrgeiz zu solchen Schritten hat verleiten lassen. Für uns kann es nur einen Standpunkt geben: daß wir uns auf den Boden der Verfassung stellen, unbeschadet unserer verschiedenen politischen Auffassungen.“

Was wird denn endlich mit diesem Herrn Sönksen geschehen, von dem Herr Giesberts sagte, er werde es keinem Beamten zumuten, ihn als Vorgesetzten anzusehen? Er ist noch immer vortragender Rat im Ministerium! Unsere Frage ist eigentlich überflüssig. Herr Sönksen wird ebenfalls amnestiert werden wie die anderen Führer des Rapp-Putschs. Sie sind keine Arbeiter und deshalb brauchen die Gesetze der „demokratischen“ Republik auf sie nicht angewendet zu werden.

Maßnahmen gegen die Einschleppung der Kinderpest. Vom Landwirtschaftsministerium wird mitgeteilt: In Belgien ist die Kinderpest ausgebrochen und auch bereits in dem hiesigen deutschen Kreis Eupen in 5 Gehöften festgestellt worden. Alle erforderlichen Maßnahmen gegen die Einschleppung der Seuche in das Inland sind getroffen.

Zwei Welten

Karlsbad, Anfang September 1920.

Ich sitze in dem eleganten Vestibül des Grand-Hotel „Kopp“, meinen bescheidenen „Schwarzen“ schlüpfend. In tiefen, bequemen Lederseifen oder Rohrstühlen machen sich ringsum Leute behaglich, die mit Selbstverständlichkeit all den Luxus, der sie umgibt, entgegennehmen. Er ist doch ihr Recht, was sollte sie sich also den Kopf zerbrechen, sie, die Herrschaften, die teils kraft ihrer Geburt, teils kraft ihres entwickelten Handelssinnes hier sitzen. Die Aristokraten und die Schieber, ihnen scheint doch die Welt, in der sie leben, so einfach und wunderbar beschaffen, daß sie wahrhaftig keine Ursache haben, sich darüber irgendwelche Gedankenarbeit zu verursachen. Da gibt es erlesene Weine, da findet eine Anschrift, es seien echte Havannaimporten erhältlich, von draußen her klingen gedämpft die einschmeichelnden Töne des Klavierorchesters herein und über der neuen, mit dicken Teppichen belegten Halle, über die laulichen Schritte die Keilner huschen und in der sich die Gespräche der einzelnen Menschengruppen fast verlieren, liegt ein stiller Hauch der Traulichkeit. Kein, man hat wirklich keine Ursache, kopfhängerisch zu sein und sich mit allzu schwierigen Problemen zu befassen...

Draußen, auf den vom hellen elektrischen Licht überfluteten Straßen, flutet das Leben. Die Stadt hat eine eigentümliche Lage: in dem schmalen Tal der Eger gelegen, bietet sie kaum den zu beiden Flüssen sich hinziehenden Straßen mit ihren begleitenden Häuserfronten Raum. Das bedingt eine Konzentration des Lebens der Stadt auf die beiden Pulsadern längs des Flusses, die sich bis zu den geräumigen Gärten des Grand-Hotel hinziehen und dann in wunderbare Waldwege, die sich an der hellen Berglehne emporziehen, übergehen. Hotel steht an Hotel, die hellen Fensterfenster eines Cafes wechseln mit denen eines zweiten ab, hin und wieder von einem Restaurant unterbrochen. Und von überall her klingt Musik, überall steht bu elegant gekleidete Männer und Frauen (pardon: Damen!), die lachen, scherzen und sich freuen. Gleichsam, als ob es nichts anderes gäbe auf dieser Welt als ihre Lust, ihr Vergnügen.

Ja, das ist der Haupteindruck, den der Fremde hier empfängt. Die Armut scheint in diesen Straßen des Luxus ihr Dableibensrecht zu haben. Ich durchschreite sie tagsüber. Da steht Laden neben Laden, Bazar neben Bazar. Gold und Juwelen, Seide und Samt, erlesene Kunst- und Luxusgegenstände, alles wird dir hier in erschreckender Fülle zum Kaufe angeboten. Und nicht nur das: du findest Delikatessengeschäfte, findest Konditoreien im Ueber-

maß, darin von Waren aller Art ein ungeheurer Ueberfluß herrscht. Und geht du unter den hohen, während des Krieges, da man nichts renovierte, etwas alt und unheimlich gewordenen Säulenhallen der Kolonnaden, da allenthalben 3 bis 4 Grad Reamur warme Mineralwasser in unerlöschlicher Fülle aus dem Boden quellen, da die Natur in einem Uebermaß von Kraft den 57 Grad heißen Sprudel in diesem Strahl etwa 10 Meter hoch emporsprühen läßt: du findest behäbig einhergehende Damen und Herren, unter denen wohl hier und da auch solche sein werden, die durch die stark mineralhaltigen Wasser Heilung suchen. Aber du hast allgemein den Eindruck, diese ganze Gesellschaft hier sei zu vornehm, zu exklusiv, als daß sie eine solche von Kranken sein könnte. Zeigt sich jemand im verschweifenen Rod des Arbeiters, so kann er sicher sein, daß ihn die schneelen Blicke all der Promenierenden treffen, die hier Erholung suchen von ihren „harten Mähen“.

Aber unweit von hier, kaum einige Minuten entfernt, ist eine andere Welt. Da steht Schacht an Schacht, Fabrikschlot neben Fabrikschlot. Dampf heulen die Stienen dreimal des Tages, wenn sie die sich abfönden Schichten der Bergarbeiter zur Arbeit rufen. Sie müssen das helle Sonnenlicht über Tag verlassen und einfahren in die dunkle Grube, wo ein ungewisses Schicksal ihrer harrt. Und während hier oben Luxus und Ueberfluß sich breit machen, erhält der Bergmann oft genug nicht einmal seine warme Brot- und Mehlspeise zugewiesen, die doch das einzige ist, was ihm seine Nahrung ermöglicht. In seinem dunklen Stollen arbeitet er in der Nähe des schwarzen Diamant empor, um jenen all ihren Luxus zu ermöglichen und erhält selbst nicht so viel, um sein färgliches Leben fristen zu können. Es sind erst ein paar Wochen, daß die Bergarbeiter des an Karlsbad angrenzenden großen Falkenauer Reviers einen dreitägigen Generalstreik unternahmen mußten, nur um ihre regelmäßigen Mehl- und Brotzuweisungen, auf die sie seit Wochen warteten, zu erzwängen.

Und wie ihnen geht es all der übrigen Arbeiterschaft hier und anderswo. Sie sehen den Luxus, sehen den Ueberfluß und fühlen die eigene Not. Und da gibt es Menschen, die wähen, diese beiden Welten würden sich verstehen? Wird je der Sattel begreifen, daß sein Bruder Hunger hat, wird er je auf einen größeren Anteil verzichten, um allen zu geben, was ihr menschliches Recht ist? Mühselig werden sie es tun, die Behäbigen und Wohlverordneten. Mühselig werden sie ihren Kammon Hüten und schlihen, damit ja keine unbedenke Hand sie um einen Teil ihres „Reichtes“ bringe. Was aber könnte besser die Arbeiterschaft von dem an

Aus der preussischen Landesversammlung

Die nächste Sitzung der preussischen Landesversammlung ist auf den 16. September angesetzt worden. — Im Hauptauschuss wurde am Dienstag der Haushalt der Provinzverwaltung beraten. Dieser Etat beschloßigt das Preussenparlament zum letzten Mal, da das Landvolk auf das Reich übergeht. In der Beratung setzte sich ein Regierungsdirektor für das Präminsystem ein, der Reichssozialist Woldt wendete sich dagegen, da es nur unsozial wirkt und zu Unregelmäßigkeiten führen würde. Aber er blieb auf halbem Wege stehen, denn er rebete der Einführung des Affordsystems das Wort, durch das beim Abschluß von Tarifverträgen unter Mitwirkung der Gewerkschaften die Mindestleistungen hintergehalten werden könnten. — Im Ausschuss für das Volksschullehrer-Dienstvertragsgesetz erklärte der Regierungsdirektor, daß ein Gesetz einmündig über die Aufhebung der organischen Verbindung zwischen Kirche und Schulaamt in Vorbereitung sei. — Im Mittelländkanal-Ausschuss ging der Streit um die Mittelrinne und die Südbinle weiter. Es wurde ein Kompromißantrag angenommen, wonach auf jeden Fall das mitteldeutsche Industriegebiet an die Saanplinie angeschlossen werden soll.

Der Zusammentritt des Reichstags

Die Reichsregierung hat sich einverstanden erklärt, den Reichstag nicht vor Mitte Oktober einzuberufen und dem Reichstago alsdann einen Plan über die ihm angebotenen Vorzulegen. — Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten wird voraussichtlich Ende September wegen der oberschlesischen Frage wieder zusammentreten.

Die Wirtschaftskrise

Vorkehrungen gegen die Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei

Die Exekutivkommission des tschechoslowakischen Gewerkschaftsbundes hat an das Ministerium für Soziale Fürsorge die Anforderung gerichtet, in anbetragt der sich verschärfenden Wirtschaftskrise und des dadurch bedingten Stillstandes vieler Betriebe eine Konferenz zur Besprechung der vorzulegenden Maßnahmen gegen die drohende teilweise schon eingetretene Arbeitslosigkeit einzuberufen. Unter Mitwirkung einer Reihe von Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer sowie der beteiligten Ministerien fand diese Beratung statt. Während der gewerkschaftlichen Organisationen verlangte der Sekretär des Gewerkschaftsbundes Genosse Zaherle, es sollten die bisherigen Arbeitslosenunterstützungen, wie sie bei Betriebsänderungen von den Unternehmern bezahlt wurden, auch weiterhin ausgedehnt werden. Ferner sei unbedingt notwendig, endlich an den Ausbau einer geregelten Arbeitslosenversicherung zu gehen. So dann verlangt die Arbeiterschaft die Vermeidung der Entlassung von Arbeitern ohne Zustimmung des Fabrikausschusses, ferner ein völliges Verbot der Ueberzeitarbeit, die Verbesserung der Gummierung von Industriekohle und ein kräftiges Eingreifen der Regierung in der Frage der Wohnungskrise. — Die Vertreter der Unternehmer wiesen darauf hin, daß es sich bei der Beratung nur um Maßnahmen handeln könne, die zur augenblicklichen Entlastung beitragen. Sie verlangten in erster Linie Aufhebung der Ausfuhrbeschränkungen, damit sie ungehindert weiter arbeiten können, ferner soll in nächster Zeit namentlich in Prag eine umfangreiche Bautätigkeit durchgeführt werden.

Immer noch Waffenverschiebungen

In der 2. Nummer der Handelszeitung „Hanse“ wird unter Verchiedenes neben diesem anderen Heeresmaterial angeboten: 75 000 Gewehre mit 200 Schuß Munition, a Stück 240 M., 5000 Mannschafsgarnituren zu 1800 M. pro Garnitur. Vorläufigerweise wird der Verkäufer nicht wie üblich im Inerat genannt, sondern er ist nur durch einen besonderen Schlüssel zu erfahren. Aber im Falle der Entmännungskommission und der Reichshauptminister diesen nicht lesen können, wollen wir ihn die Firma angeben: E. von Kessel, Stettin, Gollstraße 72b. Diese unaufrichtigen Verschiebungen von Heeresgut und Waffen nebst Munition sind nur möglich durch die Beteiligung höherer Beamten und Militärs.

Berminderung der Besatzungskosten.

Amsterdam, 8. September. Nach Allgemein Handelsblad meldet Daily Telegraph, daß Winston Churchill sich in Paris befindet, wo der englische Kriegsminister eine Unterredung mit seinem Kollegen über das französisch-belgische Abkommen hatte. Zugleich wurde die Frage der Berminderung der Kosten der allerten Besatzungstruppen im Rheingebiet behandelt, die von Deutschland zu bezahlen sind.

„Ins Leben hinein“

Wir geben unseren Kindern die Jugendwelche als ein Fest, als eine Erhebung, aber auch als eine Mahnung. Der Schritt ins Leben hinein ist ein Schritt ins Rauche, zu beginnender Verantwortlichkeit, aber auch zu höherer Freiheit und gestärktem Selbstbewußtsein. Freiheit und Selbstbewußtsein sollen recht benutzt und ausgeschöpft werden, zum Wohle der Klasse, zur Befreiung der Persönlichkeit und der Menschheit. Dies ist die Mahnung. Als halt im Wirral der Andruke, als Mittel, der Mahnung zu folgen, bringen wir den Jungen und Mädchen Ethik und Genierung des Sozialismus und die Solidarität der Erwachsenen als Festgabe. Was wir ihnen an der Lebenssehnde sagen, soll bleiben. Soll Wurzel fassen in den klopfenden Herzen und fest halten im reifenden Bewußtsein. Eine Blühergabe war uns stets das Mittel, dem Eindruck des Festes Dauer zu geben, die angestimmten Saiten fortstücken zu lassen und Erinnerung zu pflegen. Kard war die Auswahl und mager blieb das Ausgewählte. Von wenig Gütern: das am wenigsten Schlechte zu wählen, das war der unbefriedigende Gesichtspunkt, unter dem wir immer wieder unsere Entscheidung unter den Büchern treffen mußten. Diesmal kommt uns Engelbert Graf zur Hilfe mit dem Büchlein „Ins Leben hinein“, das unsere Buchhandlung feden in schmuder Ausstattung herausgebracht hat. Es ist eigens als Festgabe bei den Jugendweihen bestimmt, ist aber in jedem Falle für die Jugend gut. Das Büchlein enthält Gedichte und Prosa: Goethe, Toller, Heine, Max Barthele, Grillparzer und Schönlank, Marx, Tolstoj, Karl Viednecht, Barbusse, Kautsk, Kautsk, Mühl, Gorki und Krapotkin sprechen zu den Jugendlichen. Eine Einleitung von Graf läßt einer Quertüre gleich die Motive erkennen, die dem Inhalt Harmonie geben, so daß die reinen Teile des Herzens innig verbunden sind, unaufdringlich und doch stark fühlbar. Lieder mit roten schlihen den Band. Die Ternerung zwang zur Beschränkung im Umfang, sie verhinderte auch die volle Ausführung der Köhnten des Herausgebers. Es liege sich noch vollkommenere schaffen, aber auch so ist das äußerlich so bescheidene Büchlein eine wertvolle Gabe, die Graf unjere

Oberschlesien

Die Parole der Arbeiterklasse

Der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst“ bringt einen Bericht aus Gleiwitz, in dem behauptet wird, daß die Aufforderung zur Waffenabgabe bisher noch keinen Erfolg gehabt habe. Trotz hoher Straandrohung seien noch keine 5 Prozent der im Besitz der Zivilbevölkerung befindlichen Waffen abgegeben worden. Der polnische Generallieutenant sei ohne jeden Erfolg beendet worden. Die polnischen Arbeiter rächen sich jetzt dafür, daß sie ihre deutschen Arbeitskameraden, besonders in den Gruben, wo sie die Mehrheit haben, von der Arbeit ausschließen und von Haus und Hof verjagen. Im Kreise Pleß vermöge weder die französische noch die italienische Besatzung Ordnung zu schaffen. Der Berichterstatter sagt weiter, daß den Franzosen und Polen in Oberschlesien zuzusetzen eine härtere Position haben als wir Deutschen, verdrängen dann in ihrer Verdrängerung die wildesten Nachrichten in der deutschen Presse und erzeugen so den Haß von Ereignissen, wie sie sich jetzt wieder zum Schaden des ganzen deutschen Volkes in Breslau ereignet haben. Loren, die nicht über ihre Brillengläser hinwegsehen vermögen, glauben immer noch, die ober-schlesischen Ereignisse und Verhältnisse mit Macht und Bluff meistern zu können. Es ist bezeichnend und verdient schon der Erwähnung, daß auch in Oberschlesien die Kommunisten sich, wie in anderen Bezirken Deutschlands wiederholt festgesetzt, in der Gesellschaft der Deutschnationalen befinden. Die Kommunisten sind hier selbst weitergegangen. Sie haben in getreuer Verdrängerung mit hierischen Agitationskomitees zusammengewirkt, um aus Oberschlesien einen Sowjetstaat zu bilden. Das Programm dieser deutsch-polnischen revolutionären Komitees bestand in der Verdrängung von Deutschland und Errichtung einer ober-schlesischen revolutionären Republik. Es waren natürlich Kindsköpfe, die da glaubten, derartige Phantastereien durchführen zu können. Immerhin hatten die bisherigen ober-schlesischen Tage auch ihren kommunistischen Theaterbesucher aufzuweisen gehabt.

Der Berichterstatter sagt zum Schluß, daß die deutsche Arbeiterklasse in Oberschlesien sich hüten müsse, deutschnationalen Kreisen als Werkzeug zu dienen. Ihr Verhalten gegen die ober-schlesische polnische gefürchtete Bevölkerung bedürfe einer Aenderung. Die gemeinsame Parole der gesamten Arbeiterklasse Oberschlesiens müsse sein: Los von Konstant! Denn Konstant sei auf Kosten der ober-schlesischen Arbeiter der eifrigste Anhänger der großpolnischen imperialistischen Ziele.

Wenn die offiziellen Vertreter der Gewerkschaften, soweit sie der rechtssozialistischen Partei angehören, schon früher die selbstverständliche Pflicht erfüllt hätten, sich von den deutschnationalen Kreisen nicht als Mittel für ihre dunklen Zwecke gebrauchen zu lassen, so stände es jetzt um die Arbeiterbewegung in Oberschlesien ohne Zweifel weit günstiger. Aber man muß gegen sie den Vorwurf erheben, daß sie sich nicht nur in die vordersten Reihen der nationalistischen Vereinigungen drängen ließen, sondern daß sie sich von der Behauptung bisher nicht reinigen konnten, materielle Mittel zur Förderung der deutschnationalistischen Propaganda in Empfang genommen zu haben. Die gemeinsame Parole der ober-schlesischen Arbeiterklasse kann auch jetzt nicht der einseitige Kampfruf: Los von Konstant! sein, sondern sie muß sich auf den Boden des Klassenkampfes zurückziehen, und von hier aus den Kampf gegen den gemeinsamen Feind der polnischen und deutschen Arbeiter, den Kapitalismus, aufnehmen.

Die Erhebung der Steuern

Oppeln, 7. September. (M. T. B.)

Im Gegensatz zu einer weit verbreiteten Meinung über die direkten Steuern in Oberschlesien hat die Interalliierte Kommission die Reichsgesetze über diese anerkannt, jedoch mit zwei Ausnahmen: Das Gesetz vom 31. 12. 1919 über das Reichsnotopfer und das Gesetz vom 21. 7. 1920 über die Abgabe von Arbeitslohn kommen nicht von der Gültigkeit ausgeschlossen. Alle übrigen sind in Kraft. Ihre tatsächliche Durchführung mittels der gesetzlichen Zwangsmittel wird bewilligt. Außerdem wird daran erinnert, daß alle in Oberschlesien aufgetragenen öffentlichen Einnahmen ausschließlich für die öffentlichen Ausgaben des Abstammungsgebietes bestimmt bleiben.

Die große Kunst

Bergangenen Montag war ich bei meinem Buchhändler Caille. Der gar oft in seinem Laden nichts Gescheites hat. „Heute habe ich zum Glück“, sagte er, „ein neues Werk. Das den Menschen nötig und ebenso weise wie schön ist. Mit Fleiß und Eifer sollte man es studieren; Es allein entscheidet unser Schicksal, nimm hin: es ist die Taktik!“ „Die Taktik!“ erwiderte ich; „ach, bis zum heutigen Tage —“ „Mir die Bedeutung dieses gelehrten Wortes fremd.“ „Dieser Name“, antwortete er, „der aus Griechenland kommt, —“ „Wie sagen Sie die große Kunst“, oder „Der Begriff aller Kunst?“ „Sie erfüllt das Sehnen der edelsten Geister!“

Ich kaufte seine Taktik und schätzte mich glücklich. Ich hoffte, die Kunst zu finden, mein Leben zu verlängern, Die Kümmernisse zu mildern, die es verfolgen, Meinen Geschmack zu bilden und ohne Leidenschaft zu sein, Meine Wünsche dem Joch der Vernunft zu unterwerfen, Gegen alle gerecht zu sein, ohne hintergangen zu werden. Ich schloß mich in meine Klausur; ich lese, ich bin Feuer und Flamme, ein so göttliches Buch auswendig zu lernen. — Liebe Freunde! es war die Kunst, seinen Rhythmen zu ex-

[würgen] Solitaire.

Professor Dr. Meiners hat treffliche Sätze aus den Werken des großen humanistischen Philosophen Leibniz (geboren zu Leipzig 1646, gestorben 1716) ausgewählt, übertrug sie in einem schönen Rahmen zusammengefaßt, das im Selbstverlag des Verfassers in Leipzig in Westfalen erschienen ist.

Ein Goethefund. Ein Hamburger Literaturprofessor will demnächst eine Handchrift Goethes veröffentlichen, die er merkwürdigerweise seit Jahren in seinem Besitz hatte und die der Allgemeinheit vorenthalte. Es ist ein 1762 geschriebenes, vom Interesse an biblischen Wissenschaften, nicht erhebliches Jugendwerk Goethes, das man von ihm während seiner Leipziger Studienzeit vernichtet glaubte. Es heißt „Jofel“ und umfaßt die im ersten Buch Moses berichteten Vorgänge in fünf Teilen.

Arbeiterinnen und Jugendliche im Bergbau

Nach der amtlichen Statistik über die Bergarbeiterlöhne in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens gibt die „Bergarbeiter-Zeitung“ eine Uebersicht über die Zahl der im Bergbau beschäftigten Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter. Danach wurden insgesamt beschäftigt im zweiten Vierteljahr 1914: 7295 Arbeiterinnen und im zweiten Vierteljahr 1919: 33.501 Arbeiterinnen. Bis zum ersten Vierteljahr 1920 verminderte sich die Zahl auf 23.070. Eine weniger bedeutende Zunahme erfährt die Zahl der beschäftigten Jugendlichen. Sie betrug im zweiten Vierteljahr 1914: 31.290, erreichte mit 44.524 im zweiten Vierteljahr 1918 ihren Höhepunkt, um dann allmählich zu sinken auf 38.748 im zweiten Vierteljahr 1919 und auf 36.507 im ersten Vierteljahr 1920.

Im Verhältnis zur Gesamtarbeiterzahl betrug die Anzahl der im Bergbau beschäftigten Frauen im zweiten Vierteljahr 1914: 9,94 Prozent, im zweiten Vierteljahr 1918, wo die Prozentzahl ihren Höhepunkt erreichte, 7,36 Prozent und im ersten Vierteljahr 1920: 2,88 Prozent. Bei den Jugendlichen ist auch der Anteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl größer; die Zunahme aber ebenfalls geringer. Er betrug im zweiten Vierteljahr 1914: 4,08 Prozent, stieg sehr schnell auf 7,84 Prozent im zweiten Vierteljahr 1918 und verminderte sich dann allmählich auf 4,52 Prozent im ersten Vierteljahr 1920.

Die Ziffern für das erste Vierteljahr 1920 sind nicht ganz vollständig, da hier das Saargebiet nicht mit in Rechnung gesetzt ist. Werden die für das Saargebiet geltenden Zahlen hinzugefügt, so zeigt sich die maßlose Ausbeutung der Frauen und Kinder im Bergbau noch drastischer. Vor allem aber gibt diese Statistik ein entsetzliches Bild von der Steigerung der Frauenarbeit und von der daraus erwachsenden maßlosen Verwüstung der Volksgesundheit, die der Krieg hervorgebracht hat. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ bemerkt dazu:

Die Zahl der Arbeiterinnen im Bergbau ist erheblich zurückgegangen, immerhin ist sie noch weit höher wie in der Vorkriegszeit. Wir erkennen durchaus nicht, daß der Abbau der Frauenarbeit sich nicht im Handumdrehen vollziehen läßt. Vielen Frauen wird es nicht so schnell möglich sein, anderwärts Beschäftigung zu finden. Daran muß jedoch festgehalten werden, daß die Bergarbeit, auch Ueberarbeit, für Frauen viel zu schwer, schmutzig und gesundheitschädlich ist. Abgesehen von den gesundheitlichen Gefahren auch für unseren Nachwuchs gehen dabei Anmut und Würde des Weibes verloren. Darum muß der Abbau der Frauenarbeit im Bergbau so schnell wie möglich erfolgen.

Bei der Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter muß auf ihre Leistungsfähigkeit und Fortentwicklung mehr Rücksicht genommen werden. Es sind nicht immer die leichtesten Arbeiten, womit die jugendlichen Arbeiter beschäftigt werden. Oft genug werden sie an der Hängebank mit Aufschleppen und Abziehen der Wagen, mit Abschleppen usw. beschäftigt. Das sind Arbeiten, die über ihre Kräfte gehen. Ebenso steht es mit den Arbeiten an Kohlezeilen, in Beibettwerken usw. Unsere jungen Kameraden müssen künftig mehr zur Organisation herangezogen werden. Sobald sie sich hier besser betätigen wie bisher, wird auch ihre Beschäftigungsart und Entlohnung mehr Beachtung finden.

Mit der Herabsetzung der Zahl der im Bergbau beschäftigten Frauen und Jugendlichen auf den Stand der Vorkriegszeit allein ist es nicht getan. Es muß alles daran gesetzt werden, die Frauenarbeit und die Arbeit von Jugendlichen aus dem Bergbau völlig zu verbannen. Mühte man diese Forderung schon an das kaiserliche Deutschland der Vorkriegszeit stellen, so sollte anzunehmen sein, daß sie in den Kreisen, die das republikanische Deutschland registern, erst recht auf Verständnis stoßen wird. Die Arbeit in den Gruben ist für den Frauenvolk unermesslich und verwüstend.

Französischer Wiederaufbau

Die „Dena“ meldet aus Paris: In dem vom Krieg in Mitleidenhaft gezogenen Departement hatten bis zum 1. August von 4092 industriellen Betrieben, die mindestens 20 Personen beschäftigen, 3106, d. h. 75,8 Proz. ihre Tätigkeit ganz oder teilweise wieder aufgenommen. Im zerstörten Industriegebiet steht das Departement Meurthe-et-Moselle an der Spitze mit 82,2 Proz. wieder in Gang befindlicher Betriebe, so dann das Ardennen-Departement mit 81,8 Proz. und das Nord-Departement mit 80 Proz. Im Arrondissement Lille erreicht der Prozentsatz 80,2 Proz. Diese 3106 Betriebe beschäftigten im Jahre 1914 757.388 Arbeiter, am 1. August 1920 325.490, d. h. 42,9 Proz. Im Juli 1919 waren es erst 9,7 Proz., am 1. Januar 1920 28,8 Proz. Im Vosgesen-Departement weisen die Betriebe 60,9 Proz. ihrer Friedenserzeugung auf, im Nord-Departement 50,7 Proz. in Meurthe-et-Moselle 45 Proz., im Arrondissement Lille 62,7 Proz. Was die Berufsgruppe betrifft, so erzeugt die Textilindustrie 49,2 Proz. die Industrie der Steine und Erden 47,1 Proz., die gewöhnliche Metallindustrie 45,9 Proz. der Friedenserzeugung.

„Baumeister Solnek“, Ibsens Alterstragödie vom Kampf um die Jugend, wird jetzt im Theater in der Königgräberstraße gegeben. Schon nach den ersten Wiederholungen stellte sich das Publikum nur spärlich ein. Die dort waren, folgten, wie bei einem Anspiel, durch Wochen, daß sie nicht ibsen m ä d e, sondern noch nicht ibsen reif waren; wie ja auch der Strindberg-Planck bei den meisten nicht so sehr dem inneren Bedürfnis ober einer größeren Zeitnähe dieses Dichters, sondern vielmehr der Tagesmode einer Saison und schauspielerischen Sensationen entspringt. Ibsens rätselhaftes Werk, von der Ueberwindung des Alten, vom neuen Bauen der Lustschlösser auf festem Grunde, kann sich gerade unserer jungen Architektengeneration diebentig erschließen. Manche Schwächen und Risse in der Konstruktion dieses Dramas sind freilich bei vorgeschrittener Technik und veränderter seelischer Einstellung heute leichter erkennbar geworden. Die im ganzen gut geführte Aufführung hat in Albert Steinrück eigenwichtigen, allerdings mehr beherberhalten als verträumten Baumeister Solnek die über Erwarten stärkste, in Francisrika Erika Gläuser als Silde Wangel bei allem Bemühen um Schlichtheit die schwächste, farbloseste und ibsenfremde Wiedergabe gefunden. Das konnte bei dieser ganz anders gearteten Schauspielerin nicht überraschen. Ein Mißgriff des Spielleiters Max Jungl und ein von vornherein aus-schließliches Experiment. E. B.

Eine Ausstellung spanischer Originalphotographien, die Oberlehrer Kurt Blescher seit 1914 in Spanien aufgenommen hat, ist gestern im Bichtof des Kunstvereins eröffnet worden. Die sehr anschauliche, täglich von 9 bis 8 Uhr geöffnate Ausstellung bezweckt, dem deutschen Volke spanische Baukunst, Wandmalereien und Volksleben näher zu bringen.

Der Tanz in Japan. Japan ist ein Land, in dem der Tanz ein ausgesprochen weibliches Vergnügen darstellt. Kein Japaner würde sich in seiner Würde soweit vergessen, um sich im Tanz zu drehen. Die Poetik der Bewegungstanz wird ihm nur von den, unter dem Namen Gelscha bekannten Berufsinnen geboten. Die europäische Bevorzugung des Tanzes von Personen beiderlei Geschlechts erscheint dem Japaner unverständlich. Daß seine Frau oder Tochter einem Herrn ihre Bekanntheit die Vertraulichkeit gestatten würde, sie zu umfassen und im Walzer herumzudrehen, ist etwas, was ihm unmöglich erscheint. Die japanischen Tänze beruhen nicht, wie die des Westens, auf mathematischen Formeln. Sie stellen sich vielmehr als natürliche und anmutige Ausbeutung eines Gebüdes oder einer Liebesgeschichte dar und befinden sich in vollständiger Uebereinstimmung mit der ursprünglichen Idee des Tanzes.

Millerand gegen die Genfer Konferenz

M. Frankfurt a. M., 8. September.

„Laut „Frankfurter Zeitung“ meldet der Korrespondent des „Daily Telegraph“ aus Paris: Ein Meinungsaustrausch findet, wie gemeldet wird, zwischen den Regierungen Frankreichs und Englands statt, betreffend die Finanzkonferenz in Genf, welche die englische Regierung auf den 24. September vorgeschlagen hat. Es ist jetzt klar, daß Millerand nicht beabsichtigt, das vorgeschlagene Datum anzunehmen, und sogar einwilligen nicht bereit ist, ein anderes Datum in Vorschlag zu bringen. Die Ereignisse der Spanierkonferenz und der französisch-britische Streit über Rußland und Polen haben solche Spuren in der öffentlichen Meinung Frankreichs hinterlassen, daß der französische Premierminister die gegenwärtige Zeit für die Regelung des Ueberergutmachungspblems nicht für günstig erachtet. Ueberdies wird Herr Millerand nicht von neuem einwilligen, mit deutschen Vertretern zusammenzukommen, wenn nicht vorher, wie in San Remo, mit Großbritanien und Italien eine endgültige Uebereinkunft herbeigeführt wird. „Daily Telegraph“ fügt hinzu: In Paris schließt man aus der Debatte, mit der Deutschland nun auf einmal die Verpflichtung des Abkommens von Spaas erfüllt, daß die Alliierten Deutschland viel zu weit entgegengekommen seien.

Die Reise der russischen Gewerkschaftsdelegation

Z. U. Christiania, 8. September.

Die russische Gewerkschaftsdelegation, die sich jetzt in Norwegen aufhält und deren Aufenthaltserlaubnis am heutigen Mittwoch abläuft, hat noch immer nicht die Einreiseerlaubnis nach England erhalten. Dagegen ist der Delegation gestattet worden, nach Deutschland zu kommen und auch die schwedische Regierung ist nicht abgeneigt, ihr die Einreise nach Schweden zu gestatten, wenn gleichzeitig 14 schwedische Kaufleute die Einreiseerlaubnis nach Sowjetrußland gegeben wird und Norwegen die Rückreise der Delegation über Norwegen gestattet. Es ist anzunehmen, daß die norwegische Regierung sich dazu bereit finden wird.

Hochwasser in Oesterreich

M. Wien, 8. September.

Die Oesterreichischen Alpenländer sind von einer verheerenden Hochwasserkatastrophe heimgesucht worden. Die seit Wochen beinahe anhaltenden Regengüsse haben riesige Wassermengen in die Flußtäler gebracht. Weite Länderstrecken in Oesterreich und Salzburg sind überschwemmt. Zahlreiche Eisenbahnbrücken, Straßen und Häuser wurden vernichtet. Der größte Teil der Herbst-ernte ist verloren. Der Schaden ist ungeheuer groß. In der Stadt Salzburg hat das Hochwasser große Zerstörungen angerichtet. Der Eisenbahnverkehr wurde an vielen Stellen in Oesterreich und Salzburg unterbrochen, so daß zahlreiche Sommerfrüher nicht nach Wien zurückkehren können. Die Landesregierung von Salzburg hat sich an die Reparationskommission in Wien mit der Bitte um rasche und angiebige Hilfe gewandt.

Hochwasser im bayerischen Alpenland

M. München, den 8. September.

Aus Berchtesgaden wird gemeldet: Die Salach, die Raab und die Salza führen starkes Hochwasser. Der Nonnensteig in Bad Reichenhall, der neue Siegenheimer und der Schwarzbacher Steig wurden weggerissen. In Golling brach die große Salza-Brücke, in Ragnitz die Grundmühlbrücke und in Salzburg die Edmundsbrücke. Die Pluten über-schwemmten die Dörfchen Karlehen, Schellenberg und Untertalberg. In Berchtesgaden und Salzburg sind die unteren Stadteile, ferner in der Umgebung mehrere Straßen und verschiedene Dörfchen überschwemmt. Der Verkehr von Berchtesgaden nach Königssee und Salzburg ruht vollständig. Berchtesgaden ist nahezu von der Außenwelt abgeschnitten. Das Bezirksamt schützt den Schaden auf über eine Million Mark.

Der Deutsche Monistenbund veranstaltet am Freitag, den 10. September, abends 7 Uhr, in der Aula des Berner Elementar-Realschulmanns, Pödenhauserstr. 47, einen Vortrag mit anschließender Diskussion von Dr. h. c. Graf von Arco und Universitätsprofessor Dr. Nicolai über „Welt vor dem Forum der Naturwissenschaften“.

Betriebsräte

Delegierte zur Generalversammlung der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin.

Donnerstag, den 9. September, abends 7 Uhr, in den Bornsch-Sälen, Kottbuserstr. 6-7, Generalversammlung. Tagesordnung: Bericht der Zentrale und Neuwahl derselben. Wahl von fünf besoldeten Sekretären und Erledigung eingegangener Anträge. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Delegierten. Die Fraktionen der drei sozialistischen Parteien und der mit ihr sympathisierenden Delegierten treten schon um 5 Uhr zusammen, und zwar die U.S.P. im Großen Saal, die R.P.D. im 1. Stock, die S.P.D. im Gartenhof der Bornsch-Säle. Delegierte, die noch nicht im Besitz ihrer Legitimationskarten sind, erhalten dieselben bis 5 Uhr in der Pflanzstr. 24, III.

Zentrale der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin. Ges. Richard Müller. Karl Kollmerhaus.

Rätefeindliches aus dem alten Magistrat

Genosse Arthur Rosenbergs schreibt uns: Wenn der neue rote Magistrat von Berlin zustande kommt, wird er den Reinigungsbesen ordentlich zu schwingen haben, denn viele Mitglieder der hohen städtischen Bürokratie haben es bisher verstanden, nach ihren reaktionären Launen ruhig weiterzuarbeiten, ohne sich dabei durch die sozialistische Stadtverordneten-Versammlung stören zu lassen. Ganz besonders haben es aber die aus dem Proletariat hervorgehenden „Räte“, die Betriebsräte und die Elternbeiräte, den Herren angetan. Mit Entsetzen hat die Öffentlichkeit kürzlich den Koffler des Betriebsrats der Berliner Deputation für die Kohlenversorgung gehört, und bald darauf mußte man erfahren, wie die Magistratsbürokratie die Befugnisse der Betriebsräte in den Kranken- und Biregenanstalten einzuschränken sucht. Aus diesem letzten Gebiet sei hier noch ein besonders trauriger Fall mitgeteilt.

In der städtischen Trennanstalt Buch wirkt der Bürovorsteher Gebhardt, ein Reaktions- und Arbeiterfeind von reinstem Wasser. Der dortige Betriebsrat, der 400 Arbeiter und Pfleger hinter sich hat, wird von Gebhardt ständig angefeindet und in seiner Tätigkeit behindert. Während der Rapp-Tage trat Gebhardt äußerst provozierend auf und äußerte, Verbindung mit den Arbeitern hätten keinen Zweck, die Maschinengewerke müßten entscheiden. Die Arbeiterkassette von Buch richtete darauf eine Beschwerde an den Berliner Magistrat, in dem sie die Entziehung des Maschinengewerke-Freundes aus Buch forderte.

Das war im März. Inzwischen sind in dieser Angelegenheit noch nicht einmal die Zeugen vernommen worden, obwohl die Vertreter der U. S. P. in der Berliner Deputation für die Zensurprüfung ständig auf die Entfernung des Störenfrieds Gebhardt aus Buch drängen. Statt dessen sind vor ein paar Wochen auf Anordnung des Magistrats die Mitglieder der Bucher Streikleitung aus den Kapp-Tagen verhaftet worden, und dabei hat man den Arbeitervertretern allerlei Paragrafen aus dem Strafgesetzbuch vorgeworfen, gegen die sie sich verteidigen haben sollen. Und außerdem wurde gegen den Betriebsrat, Pfleger Margraf, der das volle Vertrauen der Arbeiterschaft genießt und sich durchaus korrekt verhalten hat, nämlich das Disziplinar-Verfahren eröffnet! In gewissen Magistratsstellen haben also Beschwerden wegen Kapp-Vergehen ungefähr die gleichen Folgen wie im Reichswehr-Ministerium; das heißt, man will hochgestellte Sünder decken und den Beschwerdeführern das Genick brechen. Der Magistratsbevollmächtigte für die Zensuranklagen ist übrigens der bekannte deutschnationalistische Stadtrat Weger.

Die Bucher Zustände, wie sie sich durch den Fall Gebhardt entwickelt haben, sind für ein sozialistisches Gemeinwesen einfach skandalös; und der neue Magistrat wird hier schleunigst Ordnung zu machen haben. Ein würdiges Seitenstück zu der Behandlung des Betriebsrats in Buch ist ja der Maulkorb-Erlass des Herrn Stadtschulrat Fischer gegen die Berliner Elternbeiräte. Aber es wäre Zeit- und Papierverschwendung, sich jetzt noch über Berliner Stadträte zu entlassen, deren Uhr abgelaufen ist. Die Hauptsache ist, daß nunmehr im Berliner Rathaus in einem neuen Geist gearbeitet wird.

Geschäftsstellen gesucht! Wer im Besitz des Geldes ist, sofort Papiere abholen, Donnerstag bis Sonnabend 4-7, Sonntag 9-11, bei Heilmann, Wollener Straße 19.

Groß-Berlin

Bevorstehender Zusammenbruch der Kartoffelbelieferung

Die Unsicherheit in der Kartoffelbelieferung droht zu einem völligen Zusammenbruch zu kommen. Anfang August hatten wir eine große Kartoffelnot zu verzeichnen; Mitte August war eine Kartoffelschwemme, resultierend aus der damals bevorstehenden Herabsetzung des Erzeugerpreises. Bekanntlich sind die großen Landwirte bedeutend eher von einer in Aussicht genommenen Preisherabsetzung informiert, als die Kommunalverwaltungen. So kam es, daß ungeheure Mengen von Kartoffeln plötzlich auf den Markt geworfen wurden, um dieselben noch zu dem bestehenden höheren Preisen den Gemeinden aufzuhalten. Die den Gemeindeverwaltungen übersandten Quanten konnten infolge der leichten Verderblichkeit der Frühkartoffeln nicht verbraucht werden und mußten zum größten Teil den Stärkefabriken übergeben werden, um überhaupt noch Verwertung zu finden. Ende August trat wieder eine völlige Stodung in der Lieferleistung von Kartoffeln ein, weil nunmehr der niedrige Erzeugerpreis von 25 Mark pro Zentner eingetreten war; der Kleinverkaufspreis betrug 35 Mark pro Zentner.

Wir haben nunmehr zu verzeichnen, daß die großen Güter mit der Abgabe von Kartoffeln an die Gemeinden vollständig zurückhalten. Ja, sie erklären, wenn ihnen 40 Pfennig pro Pfund gezahlt würden, könnten sie baddeln. Der schon vorher geforderte und zum Teil auch gezahlte Preis von 30 Pfennig je Pfund bringt den Gemeinden schon einen kolossalen Verlust. Die Herren Gutbesitzer erklären, sie könnten die Kartoffeln bedeutend vorteilhafter verwenden, wenn sie dieselben den Brennerereien und Stärkefabriken überweisen, welche jedes Quantum und jede Qualität bedingungslos abnehmen zu einem Preis, der schon bedeutend höher ist, als der festgesetzte Erzeugerpreis.

In der Bekanntmachung vom 24. 8. der Reichsregierung — Nr. 6. Bl. Seite 1609 — betreffend Verordnung über Kartoffeln heißt es in § 3: „Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft kann das Verarbeiten von Kartoffeln in Brennereien, Zoodnereien und Stärkefabriken verbieten oder beschränken; er bestimmt, in welchem Umfang und unter welchen Bedingungen

Kartoffeln und Erzeugnisse der Kartoffelverarbeitenden und der Kartoffelstärkefabriken zur Herstellung gewerblicher Erzeugnisse verwendet werden dürfen.“

Es ist hohe Zeit, daß die Reichsregierung von diesem Paragraphen schnellstens Gebrauch macht, sonst bricht die Kartoffelerzeugung — hauptsächlich für die Großstädte — vollständig zusammen, und wir stehen direkt vor einer Katastrophe. Die Gemeinden stehen der Sache machtlos gegenüber und haben den Schaden zu tragen, erstens materiell durch einen höheren Preis, den sie bewilligen müssen, um überhaupt der Bevölkerung Kartoffeln zuführen zu können, zweitens aber sind sie der Prügelstrafe für die verfehlten Regierungsmassnahmen, indem die notleidende Bevölkerung sich ja nur an den Verteiler — in diesem Falle die Gemeinden — hält.

Gleiches Recht für alle

Der Berliner Polizeipräsident Richter hat sich gegen eine weitere Verärgerung der Polizeistunde ausgesprochen. Die Innehaltung der jetzt auf 11 1/2 Uhr nachts festgesetzten Polizeistunde wird von den Beamten des Herrn Richter aber streng bewacht, wenigstens wenn — Arbeiter in Frage kommen, während in anderen Fällen das Auge des Gesetzes — nichts ist.

In einer Zuschrift an uns wird mitgeteilt, daß am Sonnabend, den 4. d. M., auf einem Vergnügen des Theatervereins „Volkshaus“, pünktlich zur Polizeistunde ein Kriminalbeamter mit mehreren Sicherheitsbeamten erschien und Festabend gebot. Dem wurde auch Folge geleistet und die Gesellschaft begab sich auf den Heimweg, trotzdem es in Strömen regnete. Als man an dem fünf Minuten entfernten Restaurant „Karlshof“ vorbeikam, bemerkte man, daß es dort noch sehr lustig zugeht. Beim Näherkommen erfuhr man, daß sich dort Angehörige der Reichswehr und der Sicherheitswehr amüsierten, und zwar sollen diese bis zum anderen Morgen beisammengeblieben sein, ohne daß sich eine polizeiliche Kontrolle bilden ließ.

Wie stellt sich Herr Richter zu dieser Sache. Gibt es bei ihm zweierlei Recht, oder was gedenkt er zu tun, daß jeder, ob in Uniform oder Zivil, gleich behandelt wird.

Zwei Urteile

Der Generalrepräsentant der Firma „Ranoff“, Max Riehm, hat in Gemeinschaft mit seinem Sohn Willi Riesenfeldungen in Zigaretten gemacht und ist dabei Millionär geworden. Die Strafen: Vater Riehm 20 000 M. — Sohn Willi 5000 M. — Geldstrafe! — Schiede ruhig weiter — es kostet nicht allzuviel.

Nun ein anderes Bild. Das Buchergericht in Kassel verurteilte den 14jährigen Schleihhändler Rosenbaum (Jude) aus Niederklein wegen verbotenen Halberaufstaus zu zwei Monaten Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe, den Vater wegen Beihilfe zu sechs Monaten Gefängnis und 15 000 M. Geldstrafe.

Die Gerechtigkeit ist die Grundlage der Staaten — hieß es im alten Rom!

Gründung eines Sprechchors für die proletarischen Feiertunden. Die von der Arbeiterbildungsschule veranstalteten proletarischen Feiertunden sollen den passiven Zuschauer mehr und mehr zum aktiven Mitgestalten heranziehen. Zu diesem Zweck soll ein Sprechchor gebildet werden, der zu regelmäßigen Übungen zusammenzutreten soll. Die erste Zusammenkunft findet am Montag, den 18. September, abends 7 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule, Schilderstr. 5/6, statt. Genossinnen und Genossen, die sich beteiligen wollen, sind willkommen.

Einmachereverteilung in Lichtenberg. Boranmeldung auf die Abchnitte 508 E, J, G, K, S der Lichtenberger Lebensmittel-Liste bis 11. September für 1/4 Pfund Auslandslieferer für Einmachereverteilung zum Preise von 7,50 Mark für 1 Pfund. Nachmeldungen sind nicht zulässig. Die Bezugsabschnitte Nr. 508 verlieren mit dem 30. September ihre Gültigkeit.

Ausstellung für Blumenschmuck. Am 12. September veranstaltet der Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter eine Ausstellung für Blumenschmuck. Sie findet in der Zeit von 10 Uhr vorm. bis 6 Uhr abends in den Sälen des Berliner Lehrervereins-Hauses (Alexanderplatz) statt. Die Ausstellung erstreckt sich auf alle Arten von Blumenschmuck aus lebenden Blumen, und unsere wertvollen

Binder und Binderinnen hoffen durch ihre Arbeit beweisen zu können, daß auch ihnen technisches und künstlerisches Können im Herzen liegt. Eine besondere Abteilung soll den Lehrlingen gewidmet werden, um einen Ueberblick über den Stand ihrer fachlichen Ausbildung zu gewinnen. Ihnen wird das benötigte Fachmaterial seitens der Ausstellungsleitung kostenlos geliefert. Daneben werden die Preisgärtner eine Schau selbstgezogener Topfblumen, Obst- und Gemüse anhalten und die Dekoration der Ausstellungsräume übernehmen. Die Leitung der Ausstellung liegt in den Händen berühmter Fachleute. Wenn auch das Unternehmen durch die Beschränktheit der finanziellen Mittel der Aussteller nicht mit anderen solchen Veranstaltungen verglichen werden können, so bleibt es doch durch die Eigenart und Charakter sehr schätzenswert. Die Leitung der Ausstellung hofft deshalb besonders mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Unternehmens in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht auf die Unterstützung aller Kreise der Bevölkerung. Der Eintrittspreis ist so niedrig gehalten (1 M. pro Person), daß es jedem möglich sein wird, die Ausstellung zu besuchen.

Preis. Die Käsefeste Brigg eröffnet am Freitag, den 10. d. M., ihren Unterricht mit dem Kursus Wirtschafts-Geographie. Lehren Genossin Frieda Winklermann. Genossen, die an dem Kursus teilnehmen wollen, können sich melden beim Genossen Kranzpaß, Jahnsstraße 48, und am Freitag, abends 7 Uhr, in der Aula der 2. Gemeindefschule, Bürger Straße, wo auch der Kursus abgehalten wird. Das Hörgeld beträgt 6 Mark für einen Kursus, der abends (Freitags) umfasst und in der Zeit von 7-9 Uhr erteilt wird.

Sängerchor Wedding (150 aktive Sänger) veranstaltet am Sonnabend, den 18. September, in der Staatl. Hochschule für Musik, Charlottenburg, ein Konzert unter Mitwirkung der Trio-Verbindung Niedermann. Billets zu diesem Konzert sind schon vergriffen. Ein zweites Konzert findet am 20. November in den Germania-Grabsälen, Chausseest. 110, statt.

Voraussetzliches Weiter für Berlin und Umgebung am Donnerstag. Zeitweise heiter, am Tage etwas wärmer, aber noch veränderlich, bei mäßigen westlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Aus den Organisationen

1. **Mittl. 6. Abt.** Heute abend, 7 Uhr, gemeinsamer Jubiläum, im Zeichen der Schule, Reichsberger Str. 66-67, Vortrag über unter Mitwirkung von Referent: Gen. Sellheim. — 12. Abteilung, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, Veranlassung der kommunalen Kommission bei Heiler, Charlott. 11.

4. **Abt.** Freitag, abends 7 Uhr, Vollversammlung der kommunalen Kommission in der Schulstra. Reichsberger Str. 66-67.

11. **Abt.** Schilliche Elternbeiräte des Bezirks finden am Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, in einer wichtigen Besprechung bei Klum, Woborn Straße 18, 19, statt.

11. **Abt.** Gemeindefortschritt und Käsefestsammler, Freitag, den 10. d. M., 6 1/2 Uhr, in der Aula der 2. Gemeindefschule, Bürger Straße, 7 Uhr, in der Aula der 2. Gemeindefschule, Bürger Straße, wo auch der Kursus abgehalten wird.

11. **Abt.** Freitag, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der 2. Gemeindefschule, Bürger Straße, wo auch der Kursus abgehalten wird.

11. **Abt.** Freitag, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der 2. Gemeindefschule, Bürger Straße, wo auch der Kursus abgehalten wird.

11. **Abt.** Freitag, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der 2. Gemeindefschule, Bürger Straße, wo auch der Kursus abgehalten wird.

11. **Abt.** Freitag, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der 2. Gemeindefschule, Bürger Straße, wo auch der Kursus abgehalten wird.

11. **Abt.** Freitag, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der 2. Gemeindefschule, Bürger Straße, wo auch der Kursus abgehalten wird.

11. **Abt.** Freitag, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der 2. Gemeindefschule, Bürger Straße, wo auch der Kursus abgehalten wird.

11. **Abt.** Freitag, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der 2. Gemeindefschule, Bürger Straße, wo auch der Kursus abgehalten wird.

11. **Abt.** Freitag, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der 2. Gemeindefschule, Bürger Straße, wo auch der Kursus abgehalten wird.

11. **Abt.** Freitag, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der 2. Gemeindefschule, Bürger Straße, wo auch der Kursus abgehalten wird.

Wichtige Mitteilung für alle Leser der „Freiheit“

Alle Leser der „Freiheit“ erhalten gegen Einzahlung des nebenstehenden Guthabens ein Gratis-Probest des wertvollsten bekannten literarischen Werkes „Welt und Wissen“. Dasselbe bringt von 18 bis 24 Hefen in 24 Lieferungen die interessantesten Abhandlungen aus allen Wissenschaften, z. B.: Der Mensch in der Naturgeschichte. — Wenn die Erde erstickt. — Wie erhalte ich mich jung. — Der Wille und dessen Gesetze. — Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Liebe und Ehe bei den Kulturvölkern. — Der Mensch und die Götterwelt. — Wichtige Aufsätze. — Einmal der Lebensreise auf des Menschenalter. — Verschwendung des Geldes in der Sahara. — Eine Fahrt in Unterseebooten.

„Freiheit“ für die Redaktion: Des Lieblingen, Berlin-Friedrichs. Verantwortlich für die Redaktion: Ludwig Kaminer, Reichsberger Str. 66-67, Berlin. — Druck der „Freiheit“ Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 9-11.

„Freiheit“ für die Redaktion: Des Lieblingen, Berlin-Friedrichs. Verantwortlich für die Redaktion: Ludwig Kaminer, Reichsberger Str. 66-67, Berlin. — Druck der „Freiheit“ Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 9-11.

„Freiheit“ für die Redaktion: Des Lieblingen, Berlin-Friedrichs. Verantwortlich für die Redaktion: Ludwig Kaminer, Reichsberger Str. 66-67, Berlin. — Druck der „Freiheit“ Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 9-11.

„Freiheit“ für die Redaktion: Des Lieblingen, Berlin-Friedrichs. Verantwortlich für die Redaktion: Ludwig Kaminer, Reichsberger Str. 66-67, Berlin. — Druck der „Freiheit“ Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 9-11.

„Freiheit“ für die Redaktion: Des Lieblingen, Berlin-Friedrichs. Verantwortlich für die Redaktion: Ludwig Kaminer, Reichsberger Str. 66-67, Berlin. — Druck der „Freiheit“ Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 9-11.

„Freiheit“ für die Redaktion: Des Lieblingen, Berlin-Friedrichs. Verantwortlich für die Redaktion: Ludwig Kaminer, Reichsberger Str. 66-67, Berlin. — Druck der „Freiheit“ Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 9-11.

„Freiheit“ für die Redaktion: Des Lieblingen, Berlin-Friedrichs. Verantwortlich für die Redaktion: Ludwig Kaminer, Reichsberger Str. 66-67, Berlin. — Druck der „Freiheit“ Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 9-11.

„Freiheit“ für die Redaktion: Des Lieblingen, Berlin-Friedrichs. Verantwortlich für die Redaktion: Ludwig Kaminer, Reichsberger Str. 66-67, Berlin. — Druck der „Freiheit“ Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 9-11.

„Freiheit“ für die Redaktion: Des Lieblingen, Berlin-Friedrichs. Verantwortlich für die Redaktion: Ludwig Kaminer, Reichsberger Str. 66-67, Berlin. — Druck der „Freiheit“ Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 9-11.

„Freiheit“ für die Redaktion: Des Lieblingen, Berlin-Friedrichs. Verantwortlich für die Redaktion: Ludwig Kaminer, Reichsberger Str. 66-67, Berlin. — Druck der „Freiheit“ Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 9-11.

„Freiheit“ für die Redaktion: Des Lieblingen, Berlin-Friedrichs. Verantwortlich für die Redaktion: Ludwig Kaminer, Reichsberger Str. 66-67, Berlin. — Druck der „Freiheit“ Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 9-11.

„Freiheit“ für die Redaktion: Des Lieblingen, Berlin-Friedrichs. Verantwortlich für die Redaktion: Ludwig Kaminer, Reichsberger Str. 66-67, Berlin. — Druck der „Freiheit“ Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 9-11.

„Freiheit“ für die Redaktion: Des Lieblingen, Berlin-Friedrichs. Verantwortlich für die Redaktion: Ludwig Kaminer, Reichsberger Str. 66-67, Berlin. — Druck der „Freiheit“ Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 9-11.